

Brasiliens langer Weg zur Landreform

Autor(en): **Ludin, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **86 (1992)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143737>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Brasiliens langer Weg zur Landreform

53 Millionen Brasilianer und Brasilianerinnen hungern, während in diesem weitaus grössten südamerikanischen Staat 81 818 000 Hektaren völlig brachliegen. Das Mittel, das die Diskrepanz überbrücken könnte, heisst Landreform. Diese Einsicht hatte schon die Militär-Junta, die kurz nach ihrer Machtergreifung im Jahre 1964 durch ihren Präsidentengeneral Castelo Branco ein Land-Statut verkünden liess. Wie Brasiliens herrschende Klasse sich gegen die Enteignung von unbebauten Teilen der Latifundien zur Wehr setzt, hat Walter Ludin schon im Aprilheft 1989 der Neuen Wege aufgezeigt. Nach einer weiteren Reise im vergangenen Juni durch dieses Land schreibt der Autor seinen damaligen Bericht «Brasiliens blutiger Landkonflikt» für uns fort. Red.

20 gleich 3 300 000

Das Programm von 1964 blieb weitgehend Papier. Noch immer gehört Brasilien zu den Ländern mit den ungerechtesten Bodenverhältnissen. Die 20 grössten Grundeigentümer besitzen soviel landwirtschaftlichen Boden wie die 3,3 Millionen Kleinbauern zusammen. Die «Parallel-Regierung», eine Gruppe aus dem Umkreis von Lulas Arbeiterpartei (PT), bemerkt dazu zynisch in ihrer populären Broschüre über die Landreform: «Es ist der erste Fall in der Mathematik, dass 20 gleich 3 300 000 ist.»

Die Bodenordnung geht auf die Zeit der *Conquista* zurück. Als der Portugiese Pedro Alvares Cabral acht Jahre nach Kolumbus auf den Kontinent kam und Brasilien eroberte, verteilte er im Auftrag seines Königs riesige Ländereien an die Kolonisatoren. Wer nicht zur Oligarchie zählte, arbeitete als Sklave oder schlecht bezahlter Landarbeiter. Das Netzwerk «International Human Rights Organization for the Right to Feed Oneself» schreibt dazu: «Land war in den Augen der Herrschenden gleich Macht. Die Menschen ausserhalb der Oligarchie der reichen Familien waren rechtlose Arbeitskräfte – eine Weltanschauung, die sich in einflussreichen Kreisen Brasiliens bis heute durchgehalten hat.»

Mit der Abschaffung der Sklaverei im Jahre 1888 änderte sich an den Besitzverhältnissen wenig. Die Freigelassenen bil-

deten nun die grosse Masse der Landlosen, die für Hungerlöhne auf den Plantagen oder auf den Rinderfarmen arbeiteten. Mitte der 50er Jahre aber wuchsen die Landarbeitergewerkschaften und die Organisationen der Kleinbauern sehr rasch. Gleichzeitig orientierten Priester und Leaders der nun entstehenden *christlichen Basisgemeinden* die Landlosen über ihre Rechte. Nach der Militärdiktatur versprach Präsident José Sarney, mit der Verwirklichung der 1964 versprochenen Landreform ernst zu machen. Wer weiss, dass seine Familie zu den reichsten Fazendeiros (Grossgrundbesitzer) gehört, ist nicht erstaunt, dass auch diesmal die Versprechen weithin blosser Worte blieben. Unter Sarneys Nachfolger Fernando Collor de Mello begann das gleiche Spiel. 125 000 landlose Familien sollten nach den Plänen seiner Regierung angesiedelt werden. Kurz vor Collors Absetzung stellte die kirchliche Kommission für Landpastoral lapidar fest: «Es ist nichts geschehen.» Zu sehr war und ist die Regierung mit der União Democrática Ruralista (UDR), der einflussreichen Organisation der Viehbarone, verbunden.

Wer nach dem Rückzug der Militärs auf die Neue Republik gehofft hatte, wurde allerdings nicht nur im Bereich der Bodenordnung enttäuscht. Denn die Demokratisierung blieb weitgehend ohne soziale Folgen. Wer viel hat, hat weiterhin viel zu sagen.

Modernisierung des Feudalismus

Die kurzfristigen Perspektiven der Landarbeiter und Tagelöhner (*bóias frias*) sind heute düsterer als zuvor. Denn die Besitzer der Plantagen werden die *Mechanisierung* ihrer Produktion noch stärker vorantreiben. Die feudale Herrschaft wird modernisiert statt abgeschafft. Fusionen verstärken den Trend dazu. Wenn die Betriebe noch grösser sind, lohnt es sich noch mehr, teure Maschinen anzuschaffen. Allein für den Bundesstaat São Paulo wird prognostiziert, dass zwischen 1990 und 1995 rund 400 000 Landarbeiter arbeitslos werden.

Vor allem auch im *Nordosten*, dem Armenhaus Brasiliens, wächst das Elend stetig. Hier kommen die Folgen der langen Trockenheit zu den wirtschaftlichen Faktoren, die zur Verarmung beitragen. Bereits entsteht eine neue «Rasse»: jene der Zwergwüchsigen, die kaum grösser als anderthalb Meter werden. Medizinische Langzeituntersuchungen haben ergeben, dass die körperliche Grösse eindeutig mit der Grösse des Portemonnaies zusammenhängt.

Wer sich nicht mit den bestehenden Unrechtsverhältnissen abfinden will, *lebt gefährlich*. Von 1964, der Ankündigung des Land-Statuts, bis heute wurden über 1700 Menschen Opfer des Landkonflikts. So wurden 1991 53 Landlose oder Personen, die mit ihnen verbündet waren, umgebracht. Unübersehbar ist die Zahl jener, die mit dem Tod bedroht wurden oder immer noch werden. Dazu gehören auch Bischöfe, Priester und Ordensleute wie beispielsweise die im nordöstlichen Bundesstaat Piauí wirkenden Franziskanerinnen von Waldbreitbach (BRD). 1991 wurden sie verdächtigt, den Präsidenten der Landarbeitergewerkschaft «motiviert» zu haben, einen Grossgrundbesitzer, der in sein Haus eindrang, zu töten. In Wirklichkeit aber hatte der Gewerkschafter aus Notwehr gehandelt, nachdem der Fazendeiro in seine Wohnung gekommen war, um ihn umzubringen.

«Landbesitz wird illegal»

Wer sich mit dem brasilianischen Landkonflikt beschäftigt, stösst immer wieder auf *kirchliche Stellungnahmen*. Bis zu Papst Johannes Paul II. fordern kirchliche Kreise

unermüdlich die längst fällige Landreform. Während seiner Brasilienreise im Oktober 1991 betonte der Papst in São Luis, der Hauptstadt von Maranhão, es gäbe keine Rechtfertigung dafür, dass sich das Eigentum in den Händen einiger weniger konzentriere. Landbesitz werde illegal, wenn es sich dabei um Boden handle, der nicht in genügender Weise zum Wohl derer genutzt werde, die ihn bearbeiten könnten. Um produktive Arbeitsplätze zu schaffen und die gewaltsamen Auseinandersetzungen zu beenden, sei eine Agrarreform nötig. Der Papst hat die Wirkung seiner Worte dadurch abgeschwächt, dass er die Landbesetzungen durch Kleinbauern und Landarbeiter verurteilte. Die nationalen und regionalen Medien – die in Maranhão in den Händen der Familie des Expräsidenten Sarney sind – griffen bloss die letztgenannte Passage heraus.

Zu den profiliertesten kirchlichen Verlautbarungen gehört jene der *Caritas Brasilien*. Ihre Hauptverantwortlichen, darunter einige Bischöfe, hatten sich im Juli 1992 zu einem Seminar über die soziale Notlage versammelt. Im Schlusscommuniqué heisst es: «Der Hunger, die Favelas (Elendsviertel), das Elend sind direkte Früchte einer fehlenden Landreform und einer Landwirtschaftspolitik, die nichts für die kleinen und mittleren Bauern unternimmt. Letztlich handelt es sich um die Konsequenz eines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Modells, das sich an einer Weltwirtschaftsordnung ausrichtet, in der die Bereicherung einiger weniger Vorrang hat, während nichts getan wird für die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes.» Und weiter: «Wir stehen an der Seite der Opfer und möchten dem Volk helfen, alternative Wege zu finden und neue gesellschaftliche Modelle zu entwickeln.»

Ähnlich äussert sich die *Bischofskonferenz des Nordens* (Norte II: Bundesstaaten Para und Amapá). An ihrer 24. Generalversammlung verabschiedete sie ein Dokument, in dem zuerst die gravierendsten Landkonflikte der Region aufgelistet sind. Die Bischöfe beklagen sich dabei, ihre Proteste und Vorsprachen bei den Behörden seien bisher nutzlos gewesen. Mit wenigen Ausnahmen hätten die Medien die schwerwiegendsten Vergehen totgeschwiegen. Die Bischöfe betonen dann: «Wir alle sind über-

zeugt, dass es nur eine politische Lösung für die Landkonflikte gibt. Wir kämpfen um eine Agrarreform und werden uns weiterhin dafür einsetzen. Wir wissen, dass eine Veränderung nur kommen wird, wenn sich die Armen und Entrechteten noch mehr organisieren und gemeinsame Schritte unternehmen.»

Zu den vielen Bischöfen, die sich auch einzeln ständig zugunsten der Landreform aussprechen, gehört *Affonso Gregory* aus Imperatriz (Maranhão). Kürzlich liess er verlauten, die Notwendigkeit einer Bodenreform ergäbe sich auch aus dem Prinzip der kirchlichen Soziallehre, wonach die Güter der Erde allen gehören. Er zitierte dabei das Zweite Vatikanische Konzil: Wer Güter rechtmässig besitze, müsse sie nicht bloss als sein persönliches Eigentum ansehen, sondern «auch als Gemeingut in dem Sinn, dass sie nicht ihm allein, sondern auch andern von Nutzen sein können».

Bischof Gregory begnügt sich jedoch nicht damit, allgemeine Grundsätze zu verkünden. Er stellt sich auch in den Landkonflikten der Region offen auf die Seite der Kleinbauern. Die Fazendeiros-Organisation UDR startete darum vor kurzem eine öffentliche Kampagne gegen ihn. Auch er wurde mit dem Tode bedroht und beschuldigt, Kleinbauern zur Gewalt aufgewiegelt zu haben. In den Strassen von Imperatriz waren Plakate zu sehen mit der Aufschrift: «Dom Gregory: Engel des Bösen. – Dom Gregory, du sollst nicht töten. Du sollst nicht stehlen.» Affonso Gregory liess verlauten: «Wenn sie den Bischof angreifen, weil er sich um das Wohl der Benachteiligten sorgt, sollen sie wissen, dass das meine evangelische Pflicht als Bischof ist. Ich bin bereit, dafür den Preis zu zahlen.»

Von der Basisgemeinde ins Rathaus

So wichtig die offiziellen Stellungnahmen der Kirche auch sein mögen, viel entscheidender ist die Praxis, wie sie vor allem in den christlichen Basisgemeinden anzutreffen ist. Viele heutige Leiter von Gewerkschaften wie auch linke Politiker bekennen, in diesen Gruppen politisiert worden zu sein. Es zeigt sich ein Trend, der von den Basisgemeinden zu den Volksorganisationen und von dort in die Politik führt. Ein Beispiel dafür erlebten

wir in Esperantinopolis, einem abgelegenen Bauerndorf in Maranhão.

Nachdem sich der frühere Klerus damit begnügt hatte, Sakramente zu spenden, kam vor gut 20 Jahren ein fortschrittlicher Priester in die Pfarrei. Er begann eine Basisgemeinde zu gründen. Ihre Mitglieder sprachen miteinander über ihren täglichen Kampf ums Überleben. Sie fragten sich dabei, warum sie trotz harter Arbeit kaum ihre Familien ernähren konnten. Den Hauptgrund fanden sie in der ungerechten Landverteilung. Die Basisgemeinde sah bald ein, dass sie als kirchliche Gruppierung rasch an eine Grenze stiess, wenn es galt, in den sozialen Kämpfen die Rechte der Kleinbauern und Landarbeiter zu sichern. Darum beschlossen einige ihrer Mitglieder, sich auf *gewerkschaftlicher Ebene* zu organisieren.

Die Fazendeiros reagierten mit Betrügereien und brutaler Repression. Der 50jährige Gewerkschafter Raimundo Davi Filho erzählt uns: «Die Grossgrundbesitzer versuchten, uns Kleinbauern mit gefälschten Landtiteln zu vertreiben. Nur die Kirche unterstützte uns. Sonst waren alle gegen uns: die Politiker, die Justiz, die Polizei. Gewerkschafter wurden gefangengenommen, Häuser verbrannt. Aber das Volk hatte schon ein solches Bewusstsein entwickelt, dass es sich durch nichts vom Widerstand abbringen liess. Wir beschlossen, um jeden Preis hier zu bleiben.»

Um ihren Forderungen besser Nachdruck zu verschaffen, suchten die Gewerkschafter den Kontakt zu den *Parteien*. Bei den letzten Gemeindewahlen vom Oktober kandidierte einer von ihnen in Esperantinopolis für das Gemeindepräsidium, andere kandidierten für den Gemeinderat. Während sie hier wenig erfolgreich waren, eroberten in Nachbarorten Kollegen von ihnen die Rathäuser.

Es ist im übrigen beeindruckend, wie gerade auch *Jugendliche* aus christlicher Motivation heraus sich gewerkschaftlich und politisch engagieren. Einer von ihnen meinte bei unserem Besuch in Esperantinopolis: «Brasilien ist voller Elend. Als Christ habe ich die Aufgabe, für eine bessere Zukunft zu arbeiten.» Wenn schon sein Grossvater und sein Vater so gekämpft hätten wie er heute, würde es ihm besser gehen.

Evangelisierung und Kampf

Bei der Beschäftigung mit der Bodenfrage in Brasilien stösst man öfter auf die beiden Abkürzungen CPT und MST. Die CPT ist die Comissão Pastoral da Terra, die bereits erwähnte *Kommission für die Landpastoral*. Ihr Konzept lautet: «Evangelisierung vollzieht sich im Kampf um Gerechtigkeit.» Seit Ende der 80er Jahre wurde ihre Arbeit durch den konservativen Flügel der Bischofskonferenz stark beeinträchtigt. Ihre Bedeutung nahm ab.

Die drei Buchstaben MST stehen für Movimento dos Sem Terra, die *Bewegung der Landlosen*. Diese wurde vor zehn Jahren mit Hilfe der Kirchen gegründet. Sie hat sich von ihnen selbständig gemacht, kann aber immer noch auf ihre Unterstützung zählen. Unter ihren Mitarbeitern finden sich Ordensleute. Viele ihrer Verantwortlichen waren Leiter von kirchlichen Basisgemeinden. Teile ihres Kaders sind ehemalige Seminaristen. Eine Spezialität der Landlosenbewegung ist die Organisation von Landbesetzungen. MST-Leute besuchen die Bewohner der Favelas und die Landarbeiter in ihren Unterkünften, um sie an ihr Recht auf eigenen Grund und Boden zu erinnern. Sie versuchen sie zu motivieren, ihre Hütten aufzugeben, um mit Hunderten anderer Familien bei Nacht und Nebel brachliegendes Land zu besetzen.

Als wir im Juni eine solche «Invasão» besuchten, erblickten wir als erstes ein MST-Transparent mit der Aufschrift: «Land wird einem nicht gegeben. Wir müssen es erobern (portugiesisch: <conquistar>).» Neben der brasilianischen Flagge wehte die Fahne der Bewegung. Sie zeigt einen Landarbeiter mit erhobener Machete (Buschmesser). Ein Plakat mit dieser Flagge sahen wir auch im Haus eines Bauern, der zu jenen gehörte, die nach der Besetzung dank zähen Verhandlungen Landtitel erhielten. Gleich daneben hing ein recht traditionelles Herz-Jesu-Bild.

Der zweite Schwerpunkt der Bewegung ist die Gründung von *Genossenschaften*, um das neu erworbene Land besser bebauen und die angebauten Produkte günstiger vermarkten zu können. Sie wählt Bauern aus, um sie in Kuba für die Genossenschaftsarbeit ausbilden zu lassen.

Lulas Projekt

Ein wichtiger Schritt auf dem langen Weg zu einer gerechteren Bodenordnung ist zweifellos das Projekt, das die bereits erwähnte Parallel-Regierung für die Landreform im April 1991 veröffentlicht hat. In der Einleitung zur Broschüre «O campo quer paz / Das Land will Frieden» weist der Präsident der Arbeiterpartei Luiz Inacio Lula da Silva (kurz Lula genannt) stolz darauf hin, dass Organisationen wie CPT, MST und die Einheitsgewerkschaft CUT die Forderungen dieses Planes unterstützen. Dieser sieht vor, dass in 15 Jahren drei Millionen Familien Landloser (d.h. etwa 15 Millionen Menschen) auf bisher brachliegendem, zu enteignendem Land angesiedelt werden sollen. Die Kosten werden pro Familie auf etwa 7000 Dollar veranschlagt. Dies ergäbe in fünf Jahren rund sieben Milliarden Dollar, wobei die Verfasser der Broschüre darauf hinweisen, dies entspräche bloss fünf Prozent der brasilianischen Auslandverschuldung.

Bis es in Brasilien soweit ist, müssen wohl noch viele Menschen an Unterernährung sterben. Noch manche werden Opfer der Gewalt. Doch die Basisorganisationen sind davon überzeugt, dass die Landreform sich nicht mehr allzu lange aufhalten lässt. «Die Massen erwachen», meint einer ihrer Aktivisten.

Der Verein «FIAN-Foodfirst Information & Action Network» orientiert seine Mitglieder laufend über Landkonflikte in verschiedenen Kontinenten. Er lädt sie ein zu schriftlichen Protestaktionen, die gerade auch in Brasilien schon mehrmals erfolgreich waren. Kontaktadresse: FIAN-Sekretariat, Postfach 10 22 43, D-6900 Heidelberg. – Die Schweizer Krankenschwester Luisa Huber arbeitete fast zehn Jahre mit der im Artikel erwähnten Bauerngewerkschaft von Esperantinopolis zusammen. Sie unterstützt nun ihre Tätigkeit finanziell. (Für Spenden: Raiffeisenkasse, 6472 Erstfeld. Vermerk: Sparheft 1713.2, Luisa Huber, Konto Brasil)